

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Abonnementspreise: die neuzeitlich gezeichnete Monatskarte über deren
Wochenpreis 20 Pf., für die Monatskarte (entsprechend
an den dreißigjährigen Zeit einer Karte) 1,50 RM. Anzeigen-Entgelt war
wöchentlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-W. 1, Güterbahnhofstraße 2.
Wachstumspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (außer im Voraus), durch

die Post 2,50 RM (ohne Zustellung). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich außer an Sonntagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber auf Zurückzahlung des Bezugspreises.
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-W. 1, Güterbahnhofstraße 2.
Vertrieb: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 250, Verlagsleiter: Dresden 18 020.

Verantwortlich für Redaktionen: Otto Gabel, Dresden; für Vertrieb mit Ausnahme
der Auslandskarte: Werner, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkassen;
Gerdob Gabel, Dresden; für Ausland: Karl Weikner, Berlin; für Anzeigen
und Korrespondenz: Otto Wille, Berlin; für Inserate: Felix Richter, Dresden;
für Druck und Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B. G., Dresden-W. 1.

8. Jahrgang Dresden, Montag den 4. Januar 1932 Nummer 2

Der „Burgfrieden“ beendet:

Entfacht den Massensturm in Stadt und Land!

Schmiedet die rote Einheit in den Betrieben, an den Stempelstellen und in allen Orten. Stärkt die kommunistische Partei, die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition und die kommunistische Presse!

Mobilisiert zum roten Volksentscheid!

Mit dem heutigen Tage ist der sogenannte „Burgfrieden“, den die Brüning-Groener-Regierung zur Sicherung des „Weihnachtsfriedens“ verhängt hatten, aufgehoben. Dieser „Burgfrieden“, von faschistischen Mordüberfällen auf Arbeiter eingeleitet, und dessen vorläufige Ende im Zeichen einer an sich wellenden Streikbewegung der Arbeitermassen steht, hat die Klassengegensätze nicht nur nicht abfedern können, sondern ihre Verschärfung unverhüllt gezeigt.

Bereits am ersten Tage nach Aufhebung des allgemeinen Versammlungsverbotes leht die rote Versammlungsflut wieder ein. Die kommunistische Partei und die KPD stehen an der Spitze der Gegenoffensive der werktätigen Massen. Die Massenentlassungen in der sächsischen Industrie, der ungeheure Lohnabbau bei allen Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten und die erneute Kürzung der Fürsorgegelder hat die Frage des Existenzkampfes, des Kampfes um das letzte Stück Brot auf die Tagesordnung gestellt.

In allen Städten und Orten Sachsens werden heute und in den nächsten Tagen in öffentlichen und Betriebsversammlungen, Zehntausende von Arbeitern, Angestellten, unteren Beamten und wertfähigen Mittelschichten durch die kommunistische Partei erfasst und aufgeklärt werden. Der Protest der arbeitenden Massen gegen Notverordnungsmaßnahmen und die kapitalistische Anarchie, wird hier seinen Ausdruck finden. Diese Versammlungen werden eine Abrechnung mit dem faschistischen Kurs der herrschenden Klasse und ihrer beiden Flügelgruppen, den sozialdemokratisch-reformistischen Einspeißern und Schrittmachern der faschistischen Diktatur und den nationalsozialistischen Terrorbanden sein.

In Sachsen haben sich die SPD und die Nazis besonders deutlich als Stützen der kapitalistischen Diktatur-Regierung mit verteilten Rollen erwiesen. Auch hier hat sich die Sozialdemokratie durch Knebelung der Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen, durch Abwägung von Streiks und durch Versuche zur Zerstückelung einer breiten proletarischen Einheitsfront als soziale Hauptstütze des Regimes der herrschenden Klasse erwiesen.

Umso verantwortungsvoller ist hier die Aufgabe der kommunistischen Partei. Sie hat mit der Offensive zum roten Volksentscheid gegen die Schiedsdiktatur gleichzeitig den Kampf gegen die Theorie und Praxis des „kleinsten Übels“ auch in

Sachsen in breiter Front aufgenommen. Sie entkühlt damit vor den Massen die faschistische Rolle der SPD- und ADGB-Führung und die Uebereinstimmung der Edel und Arndt mit den Diktaturmaßnahmen der Bourgeoisie und ihrer Regierungen.

Die rote Versammlungsflut, die im Rahmen des roten Volksentscheides einleitet, muß im Zeichen der beschleunigten Bildung der roten Einheitsfront aller Arbeiter und der verstärkten Werbung für die kommunistische Partei, für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und für die kommunistische Presse stehen.

Die Herstellung der roten Einheit der Arbeiter aller politischen Richtungen in den Betrieben und an den Stempelstellen und überall wo Ausgebettete und Unterdrückte sich zusammen-

finden, steht im Mittelpunkt der Massenmobilisierung zum roten Volksentscheid und der Werbung für die kommunistische Partei. Diese rote Einheit des Kampfes für die Tagesinteressen der Massen und gegen jede Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse ist nur allein imstande dem Proletariat und allen anderen werktätigen Schichten Arbeit, Brot und Freiheit zu bringen.

Die Stärkung der organisierten Führung des revolutionären Klassenkampfes ist eine entscheidende Vorbedingung für den siegreichen Sturm auf die Positionen des Klassenfeindes. Keine der Unterdrückungsmaßnahmen, kein Verbot, kein Urteil der Klassenjustiz war imstande, den Vormarsch der kommunistischen Partei und die Verbreiterung ihres Einflusses in den entscheidenden Schichten des Proletariats und der Werktätigen aufzuhalten. Dennoch bedarf es einer weiteren, gewaltigen Verschärfung ihrer Front um die Pläne der herrschenden Klasse endgültig zunichte zu machen.

Formiert die rote Einheitsfront gegen die faschistische Kapitaldiktatur! Mobilisiert zum roten Volksentscheid der kommunistischen Partei Sachsens!

„Generalstreik“ oder wirklicher Kampf?

Die Streikbrecherfiliale im „radikalen“ Gewande

Die Sozialdemokratische Partei und die reformistischen Gewerkschaften mit Graßmann, Leipart und Tarnow an der Spitze sind die wichtigsten Stützen der Brüningdiktatur. Das ist eine feststehende Tatsache, die weder von den Wels-Breitsteins, noch von den Tarnow-Leipart bestritten wird. Ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften wäre es der Brüning-Groener-Regierung nicht möglich, ihre Diktatur durchzuführen die Unterstützung der Erwerbslosen und die Löhne der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten auf dem Wege der Notverordnung abzubauen. Eine ebensolche Tatsache aber ist, daß die Diktatur der Brüningregierung, die Diktatur des Großkapitals, immer mehr mit faschistischen Methoden ausgeübt wird. Die Regierung Brüning-Groener ist die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur. Es ist ohne weiteres klar, daß die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften, in dem sie die Brüning-Groener-Regierung unterstützen, die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur unterstützen.

Die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften haben monatelang vor der Arbeiterklasse ihre Politik als „kleinstes Übel“ verteidigt, um angeblich das „größte Übel“, eine Hitlerregierung, zu verhindern. Sie haben monatelang versucht, den Arbeitern weiszumachen, daß der Kampf gegen den Faschismus eben in der Unterstützung der Brüningregierung besteht, daß die Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus nichts weiter zu tun brauchen, als die sozialdemokratische Politik, die Politik der reformistischen Gewerkschaften, zu unterstützen.

Diese Politik der SPD. läuft darauf hinaus, den Kampf der Arbeitermassen gegen die Notverordnungs- und die Brüningregierung, gegen die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Aus der Politik der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ergibt sich konsequenterweise jene Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse zu dem Kampfe der Arbeiter gegen den Lohnabbau.

„Der Streik.“ schreibt die sozialdemokratische Presse, „soll eine Antwort sein auf die Brüning-Notverordnung. Vor dielem gemeingefährlichen Treiben von Karren, die sich für gewerkschaftliche Führer halten, können die Arbeiter nicht rechtzeitig und nicht scharf genug gewarnt werden... Auch ihnen muß klar sein, daß ein Streik gegen die Notverordnung nach Lage der Dinge nur ein politischer Streik sein kann; denn die Notverordnung ist Gesetz.“

Das ist die Sprache von Streikbrechern. Die sozialdemokratischen Führer und die Führer der reformistischen Gewerkschaften leben nicht nur, sondern handeln auch als Streikbrecher.

Die Erkenntnis, daß die Wels, Breitsteins, Tarnow, Graßmann, Leipart usw., daß die Sozialdemokratische Partei und der Apparat der reformistischen Gewerkschaften Streikbrecherarbeit treiben wird immer größer. Auch unter den Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter und der Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften. So sind heute schon große Teile, insbesondere

Streiks an der Ruhr, in Berlin, Danzig und in Hamburg

Streikbruch der Gewerkschaftsführer mit Hilfe der Sebering-Polizei

Essen, 2. Januar. (Eig. Drahtb.)

Der Aufforderung der zentralen Streikleitung, in den Betrieben, wo Voraussetzungen für einen Streik bestehen, den Streik auszulösen, sind heute morgen mehrere Belegschaften nachkommen. Folgende Betriebe haben den Streik proklamiert:

Zeche Bergmannsglück in Luer ist im Streik. Auf Zeche Rheinpreußen streikt Schacht 6, ebenfalls Zeche Königsdorn bei Anna. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Den Streik aufgenommen haben ferner eine Baustelle in Hamm, eine Baustelle in Duisburg, eine Baustelle in Mülheim, eine in Essen und zwei in Steele.

Es streikt der Legitilbetrieb von Delden in Gronau mit 1500 Mann Belegschaft und ein kleiner Metallbetrieb in Anna.

Ferner hat Thyssen in Mülheim mit Vorrichtungsarbeiten für den 4. Januar begonnen. 100 Mann, also fast alle Vorrichtungsarbeiter, sind heute in den Streik getreten.

Von der Essener Straßenbahn ist ein zweiständiger Streik in den Bahnhöfen Borbeck und Mülheim-Heißen gemeldet worden. In Heißen erschien sofort nach Streikausbruch die Schupo und sprengte das von den Streikenden verrammelte Bahnhofsgerüst. Im angrenzenden Essen-Altdorf wurden eine Reihe kommunistischer Funktionäre verhaftet.

Die Polizei hat große Verstärkungen erhalten, z. B. Reddinghausen und Herne durch sipprenische Schupo. Sie hielt mit großen Aufgeböten die Straßen besetzt. Trotzdem waren die Sprechhöre der proletarischen Massenorganisationen außerordentlich aktiv. Auf der Schachtanlage Bräsefert wurden zwei Streikposten verhaftet. In Luer-Scholven waren Frauen und Erwerbslose in besonders großer Anzahl als Massenstreikposten erschienen und forderten die Kampfes durch Sprechhöre auf. Auf der Schachtanlage Westerkamp waren Kriminalbeamte in die Rauen eingedrungen. Sie wurden von der Belegschaft verprügelt, und konnten sich nur durch das Abfeuern scharfer Schüsse retten.

(Bessere Meldungen über Streiks und Kampfvorbereitungen auf der 2. Seite)

Morgen Lohnabbau für die sächsischen Metallarbeiter!

Morgen Dienstag wird auf Anruf der Unternehmer der Schlichter über die ab 1. Januar geltenden Löhne für die sächsischen Metallarbeiter entscheiden.

Für die sächsischen Metallarbeiter, deren Löhne durch den Schiedsspruch vom 7. Dezember, der inzwischen vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt wurde, um 6,5 bzw. 5,3 Prozent für Affordarbeiter gekürzt wurden, bedeutet das erneute Herabsetzung der Löhne.

Die Belegschaften der Metallindustrie müssen sofort in Belegschaftsversammlungen zu der erneuten Lohnkürzung Stellung nehmen und Rechenschaft von den Betriebsräten über ihre Haltung zum Lohnabbau fordern!

Volkssturm gegen Notdiktat

Einstimmiger Protest der Gemeinde Cunewalde

Das Gemeindevorstandskollegium Cunewalde nahm einstimmig einen Antrag der kommunistischen Fraktion gegen die Notverordnung an.

Ortskrankenkasse Großpostwitz beschließt Nichtdurchführung

In der letzten Sitzung des Vorstandes der Ortskrankenkasse Großpostwitz, dem ein Kommunist angehört, wurde auf dessen Vorschlag mit 5:7 Stimmen beschloßen, die Notverordnungsmaßnahmen der Notverordnung, die die Krankenkassenmitglieder schwer treffen, nicht durchzuführen.